



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Hartz IV:

Neue Regelleistung verfassungswidrig

Mit Wirkung vom 01.04.2011 wurden die Regelbedarfe (früher Regelsätze) des Arbeitslosengelds II (ALG II) für den Haushaltsvorstand um 5,00 Euro von 359,00 Euro auf 364,00 Euro angehoben. Diese Erhöhung ist eine Verhöhnung der Hilfebedürftigen und entspricht nicht den Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 09.02.2010 (Az.: 1 BvL 1/09).

Fortsetzung aus S. 2

Solidarität mit OPEL-Belegschaft:

Betriebsbedingte Kündigungen?

1.255 Arbeitsplätze will der Konzern General Motors streichen. Notfalls auch mit betriebsbedingten Kündigungen. Das wurde jetzt auf einer Belegschaftsversammlung deutlich.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Mutterkonzern wieder enorme Gewinne macht. Während bei der Belegschaft Lohnverzicht erpresst worden ist, erwarten die Manager der Führungsetage hohe Sonderzahlungen in Höhe von 145% eines Jahresgehältes.

Zur Belegschaftsversammlung hat sich die Soziale Liste Bochum erneut mit den OPEL-Beschäftigten solidarisch erklärt. Das Bestreben, den Stellenabbau mit allen Mitteln durchzusetzen, ist nichts anderes als der Versuch, den Mutterkonzern General Motors auf Kosten des Bochumer OPEL-Werkes zu sanieren und den Profit weiter zu maximieren. „Statt die Bochumer OPEL-Betriebsstätte in Frage zu stellen, muss deren Bestand durch die Entwicklung von umweltverträglichen, ökonomisch sinnvollen und zukunftsträchtigen Produkten gesichert werden“, fordert Günter Gleising, Ratsprecher der Sozialen Liste. Hierzu könnte auch die Produktionsvergabe des Elektroautos Ampera ins Bochumer Werk beitragen, so Gleising. Die Soziale Liste betont erneut das Verfassungsgebot, wonach in Art. 14 Grundgesetz bestimmt wird: „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Demo in Bochum:

Atomausstieg jetzt



Über 3.000 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum demonstrierten am 20. März auf dem Rathausplatz gegen die weitere Nutzung der Atomkraft und übten gleichzeitig Solidarität mit der Bevölkerung von Japan.

Lesen sie auch Seite 3 „Atomkraft? – Abschalten, Aussteigen!“

Zwischen Geschäftsmeile und Einkaufsquartier:

Neue Pläne für die Innenstadt

Die Bochumer Innenstadt soll umgekrempelt werden, alte Strukturen sollen verschwinden, Gebäude wie die Alte Post abgerissen werden. Auch der beliebte Husemannplatz steht zur Disposition. 14 große Investmentgesellschaften stehen mit der Stadt in Kontakt, die, wie in anderen Städten auch, jeden Quadratmeter in der Innenstadt für den Kommerz nutzen wollen.

War bisher von einem neuen Einkaufscenter im Bereich westlich des Husemannplatzes mit Einbeziehung der Alten Post die Rede, gibt es jetzt Pläne, die Kortumstraße, die obere Huestraße (Kortum-Karee), den Husemannplatz und die Victoriastraße noch hinzuzufügen und ein neues Einkaufs-Quartier zu schaffen.

Verbunden mit den Plänen ist die Ausweitung der Einzelhandelsflächen um über 30.000 Quadratmeter in diesem Kernbereich der Bochumer Innenstadt. Dafür sollen alle nicht kommerziellen Flächen, Ruhe- und Verweilräume geopfert werden.

Die Soziale Liste hat sich dafür ausgesprochen, dass eine Stärkung der Innenstadt durch Ausbau und Ergänzung des Bestehenden erfolgen soll. Vor allem muss der Husemannplatz als Ruhezone erhalten bleiben! „Weder die Bevölkerungsentwicklung, noch die der Kaufkraft sprechen für eine drastische Ausweitung der Einzelhandel-Verkaufsflächen. Bochum darf nicht noch weiter in die Hände von Investitionshaien und -spekulanten geraten“ fordert Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste. Wir werden in unserer Zeitung auf dieses Thema zurückkommen. Weitere Infos zu diesem Thema: Soziale Liste (Günter Gleising) Tel. Nr. 910 1074.



Der Husemannplatz

Soziale Liste: Jahrhunderthalle als Musikhaus nutzen

Neue Löcher bei Finanzierung des Konzert- und Musikzentrums

„Die Finanzierung der Bau-, der Betriebs- und Folgekosten für das geplante Konzerthaus/Musikzentrum sind ungeklärt, es gibt nur Vermutungen und keine belastbaren Zahlen“, sagte Nuray Boyraz in ihrer Rede in der Ratssitzung am 9. März und begründete so die Ablehnung der Beschlussvorlage „Realisierung des Musikzentrum Bochum“ durch die Soziale Liste.

Wie unsicher die Finanzierung des Konzerthauses ist, macht jetzt die Stiftung Bochumer Symphonie in einem Brief an die Spenderinnen und Spender vom 30. März 2011 deutlich. Entgegen der bisherigen Erklärung über 14,3 Mio. Spendengelder zu verfügen, heißt es jetzt in dem Schreiben, dass noch 4 Mio. Euro fehlen. Bisher habe die Stiftung 8 Mio. Euro aufgebracht. „Hinzu kommen Zusagen der Sparkasse Bochum und der Stadtwerke über insgesamt 2 Mio. Euro“ heißt es in dem Schreiben. Die Stiftung will die „noch fehlenden 4 Mio. Euro“ in den kommenden Monaten sammeln.

Da auch die öffentlichen Gelder und der Anteil der Stadt Bochum von 2,4 Mio. für das Konzerthaus/Musikzentrum nicht gesichert sind, sind die Pläne, die in der letzten Ratssitzung mit Mehrheit beschlossen wurden, schon wenige Tage später in Frage gestellt. Die Soziale Liste Bochum sieht sich in der Kritik an diesem Projekt bestätigt. In Zeiten, in denen Projekte wie „Jedem Kind ein Instrument“ auf der Kippe stehen, Gebühren und Entgelte für kulturelle Einrichtungen drastisch erhöht werden und Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge zurückgeschraubt werden, ist ein derartiges Prestigeobjekt vielen Bochumer Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln“, so Christoph Nitsch, Vorsitzender der Sozialen Liste Bochum.

„Als Alternative zum Konzerthaus schlägt die Soziale Liste Bochum seit Jahren vor, die weltweit bekannte und als Kulturstätte anerkannte Jahrhunderthalle als Spiel- und Probenstätte für die Symphoniker zu nutzen“, erläutert Christoph Nitsch.



von Günter Gleising

Bezirke Ost und Nord:

Zusammenlegung?

Bezirksvertreter Michael Eichelberger stellte die schriftliche Anfrage, ob:

- es Neuigkeiten bezüglich der Zusammenlegungspläne der Bezirke Ost und Nord gibt?
- Und wie weit diese gediehen sind?
- Wie hoch wäre das Einsparpotential? Welche konkreten Nachteile müsste der Bürger/die Bürgerin in Kauf nehmen?



von Michael Eichelberger

Gerthe:

Cyanid im Bach

Der Großraum des Gerther Nordostens ist von zahlreichen Altlasten belastet. Vor allem im Bereich der Dieselstraße wurden viele Giftstoffe festgestellt.

„Das Grundwasser ist flächendeckend mit Cyaniden belastet“, schrieb kürzlich eine örtliche Tageszeitung. Die Altlasten gelangen auch in den Gerther Mühlenbach und von dort in den Harpener Bach.

Verursacher der Umweltverseuchung, von der „keine akute Gefährdung“ ausgehen soll, ist nach Angaben der Stadtverwaltung die Zeche Lothringen, die dort ihre chemischen Industrie betrieb.

Ob auch Altlasten aus anderen Betrieben, oder ein früherer Umweltskandal eine Rolle spielen, will die Soziale Liste jetzt in einer Ratsanfrage klären lassen.



Das GertudisCenter hat zahlreiche Leerstände

Wattenscheid:

Verödung droht

Die umfangreichen und kostspieligen Investitionspläne für die Bochumer Innenstadt gehen aus Sicht der Sozialen Liste zu Lasten von Wattenscheid und den anderen Bochumer Stadtteilen.

„Während Millionen in die geplanten neuen Bochumer Prestigeobjekte wie dem Konzerthaus, einem neuen Groß-City-Einkaufszentrum und dem Victoria-Quartier fließen sollen, wird in Wattenscheid das soziale und kulturelle Leben ausgedünnt. Stichworte sind die Probleme um die Freilichtbühne, die Stadthalle und die Waldbühne Höntrop sowie der Erhalt des Vogelparks und des Tiergeheges im Südpark. Auch die Verrottung des Bades in Höntrop ist hier zu nennen“, sagt das Wattenscheider Ratsmitglied der Sozialen Liste, Günter Gleising.

Ein Problem für die Wattenscheider City wird auch die geplante dramatische Ausweitung der Einzelhandelsflächen um über 30.000 qm in der Bochumer Innenstadt werden. Damit wird Wattenscheid erneut durch Kaufkraft- und KäuferInnenverlust bedroht. Die Folge dürften weitere Leerstände sein.



Nuray Boyraz

Wohin steuert Querenburg?**Momentaufnahmen aus dem Bochumer Süden**

Die Wohnungsbestände an der „Querenburger Höhe“ im Uni-Center verrotten, das haben der Bochumer Mieterverein bereits vor über zwei Jahren dokumentiert und die Soziale Liste im Kommunalwahlkampf thematisiert.



von Christoph Nitsch

Nun droht auch noch die Infrastruktur vollends zu verkommen, konnten manche Leerstände noch zeitweilig abgefangen werden, etwa durch die Ansiedlung eines „Asia-Marktes“, so entsteht nun mit der Schließung des „Toom“-Marktes am 21. Mai ein riesiges neues Problem für das Center, ist doch kein neuer Investor in Sicht und die Zukunft damit komplett unklar. Stellt das Uni-Center für die irische Eigentümerfirma eigentlich nur ein Abschreibungsobjekt dar, das man vor die Hunde gehen lässt?

Viele AnwohnerInnen erhofften sich von der von der SPD initiierten und inszenierten „Bürgerversammlung“ „Es tut sich was – wir müssen was tun!“ am 17.2.2011 endlich mit ihren Sorgen und Problemen ernst genommen zu werden. Stattdessen wurden sie mit einem etwa einstündigen Vortrag von Universitätsrektor Weiler über die wahrhaft gigantomanischen Bauvorhaben an der RUB abgespeist.

Bürgerbeteiligung? Wieder einmal Fehlangeige!

Auch der „Stadtumbau Hustadt“ bereitet einigen QuerenburgerInnen Kopfzerbrechen. Unklar erscheint momentan z.B. die Umwandlung der „Lennershofsiedlung“ in das neue megaschicke, repräsentative „Lennershof-Quartier“.

Eine organisch gewachsene Siedlung, in der in den 90er Jahren noch Rentner und Arbeitslose, MitgrantInnen und Studierende friedlich gemeinsam mit jungen Familien lebten, soll in ein protziges Yuppie-Quartier verwandelt werden. Doch mittlerweile gab selbst der VBW-Pressesprecher Davidson auf einem Treffen der Arbeitsloseninitiative „Werkschlag“ am 15.02.2011 zu, dass das Ganze wohl zu groß, zu nobel und zu teuer projektiert war. Ausgang? Noch ungewiss!

Auch die aufwändige Neugestaltung des „Brunnenplatzes“ in der inneren Hustadt findet unter den AnwohnerInnen nicht nur Freunde. Mangelnde Beleuchtung und Begrünung sind nur zwei der etlichen Kritikpunkte, die hier geäußert werden und allgemein wird die mangelnde Diskussionsbereitschaft des „Stadtumbaubüros“ gerügt.

Wir werden die weiteren Entwicklungen in Querenburg im Auge behalten und hier dokumentieren und kommentieren.

Riemke:**Fragen zum GMU-Gelände**

Die ruhenden Sanierungsarbeiten auf dem GMU-Gelände westlich des Güterbahnhofs Riemke besorgt zahlreiche BürgerInnen.



von Andreas Maluga

Auch die Unklarheiten über einen Besitzerwechsel tragen zur Unsicherheit bei. Das Gelände war früher Produktionsstandort der Ruhr-Schwefelsäure und bis vor wenigen Jahren von der „Gesellschaft für Materialgewinnung und Umweltschutz“ genutzt worden. Es ist hochgradig durch Altlasten verseucht.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Fortsetzung von S. 1 – Hartz IV:**Neue Regelleistung verfassungswidrig**

Nach wie vor ist die Berechnung der Regelbedarfe nicht plausibel und transparent, da z. B. die Aufstocker und nicht mehr im Leistungsbezug stehenden Geringverdiener berücksichtigt werden. Die Referenzgruppe für die Einkommensstichprobe wurde von 20% auf 15% verkleinert. Außerdem gibt es bei der Regelbedarfsermittlung willkürliche Umschichtungen, z. B. die Streichung des Postens „Gaststättenbesuche“, so dass es faktisch zu Kürzungen kommt und das die Regelbedarfe für neue Positionen wie die Praxisgebühr und Internetnutzung nicht ausreichend berechnet wurden.

Weiterhin rechtswidrig ist die neue Vorschrift nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II), dass in ALG II-Bescheiden nicht mehr auf die Folgen von Sanktionen schriftlich hingewiesen werden muss. Es reicht aus, wenn der Hilfebedürftige von den Sanktionen bei Pflichtverletzungen auf anderem Wege (durch Merkblätter oder Aushänge) der Jobcenter Kenntnis erlangt hat.

Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

- Die Regelbedarfe werden rückwirkend zum 01.01.2011 für den Haushaltsvorstand von 359,00 Euro auf 364,00 Euro, ab dem 01.01.2012 nochmals um 3,00 Euro monatlich erhöht. Zugleich werden die Regelbedarfe für Erwachsene, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und noch in einer Bedarfsgemeinschaft leben, auf 291,00 Euro gekürzt!
- Die Regelbedarfe der Kinder werden eingefroren, zusätzlich gibt es Bildungsgutscheine zur Teilhabe am kulturellen Leben (Vereinsbeiträge, Musikunterricht o.ä.), einen Zuschuss für die Schulspeisung (soweit eine Kantine vorhanden ist) sowie für Schul- oder Kita-Ausflüge. Diese Bildungsgutscheine bzw. Zuschüsse werden jedoch nur auf Antrag des Hilfebedürftigen gewährt. Ausgenommen sind die bereits nach altem Recht gewährten Zuschüsse von 100,00 Euro jährlich für Schulsachen wie Ranzen, Hefte usw.
- Einführung der Sippenhaft: Auch Kinder einer Bedarfsgemeinschaft sind von Sanktionen des ALG II an ihre Eltern betroffen. Alle Leistungen einer Bedarfsgemeinschaft werden sofort um 30 Prozent gekürzt. Das gilt auch für Kinder, die nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und deshalb Sozialgeld beziehen! Bisher bekam nur der Haushaltsvorstand diese Sanktionen.
- Der Arbeitszwang wird ausgeweitet: Alle Hartz IV-Empfänger, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, sind nach dem SGB II sofort in eine Arbeit oder Arbeitsgelegenheit (Ein-Euro-Job) zu vermitteln.
- Besonders zynisch ist die neue Vorschrift nach dem SGB II, dass jeder Hilfebedürftige von dem ohnehin zu niedrigen Regelsatz eine Rückstellung für notwendige Anschaffungen, z.B. Waschmaschine zu bilden hat, da diese Bedarfe mit dem Regelsatz abgegolten sind!
- Eine Verbesserung ist die Übernahme der Kosten für Warmwasser als Kosten der Unterkunft rückwirkend ab 01.01.2011. Wird das Warmwasser dezentral aufbereitet (Gastherme, elektrischer Durchlauferhitzer), gilt eine Pauschale von 8,00 Euro monatlich. Bei zentraler Warmwasseraufbereitung, z. B. durch Zentralheizungsanlagen, werden die tatsächlichen Warmwasserkosten (Kostenabrechnung durch Ablesedienste wie z. B. Brunata) grundsätzlich übernommen, soweit sie angemessen sind.

Die Soziale Liste verurteilt diese Hartz IV-Reformen und rät jedem Empfänger des ALG II, gegen seinen aktuellen Bescheid sofort Widerspruch gegen die Höhe der Regelsätze zu erheben bzw. vor dem Sozialgericht zu klagen. Nur auf diesem Wege kann erreicht werden, dass einige Richter noch einmal das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht wegen der Prüfung der Regelsätze weiterleiten.

17.000 Kinder und Jugendliche:**Jetzt Anträge zum Bildungspaket stellen**

Das von der Bundesregierung eingeführte sogenannte Bildungspaket wird derzeit in der Stadt umgesetzt. Anspruchsberechtigt sind u. a. 12.750 Kinder die von Hartz IV betroffen sind und 3.050 die Wohngeld erhalten. Insgesamt 17.000 Kinder und Jugendliche (bis 25 Jahre) können jetzt Anträge stellen, um Gutscheine u. a. für Klassenfahrten und -ausflüge, Schulbedarf, Lernförderung und Mitgliedsbeiträge für Sportvereine zu erhalten. (Wir kommen in unserer nächsten Ausgabe auf dieses Thema zurück.)

Wichtig:

Wer seinen Antrag bis zum 30. April stellt, erhält die Leistungen rückwirkend vom 01. Januar 2011. Infos unter 910-1909 (Sonderarbeitsgruppe der Stadt) und Soziale Liste im Rat (Tel. 910-10 47) und unter www.soziale-liste-bochum.de.

Gewerkschaften:**Armut und Arbeitslosigkeit steigen**

Der DGB-Bochum und die Gewerkschaft ver.di haben auf die wachsende Armut, den Anstieg der Beschäftigung im Niedriglohnbereich und den Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Bochum hingewiesen.

So verdienen 7.000 Menschen so wenig, dass sie gleichzeitig noch Hartz IV beantragen müssen. 30% der Bochumer Frauen arbeiten in sog. Mini-Jobs. Stark angestiegen sind auch die Jobs in Leihfirmen. „Die Beschäftigung im Verleihgewerbe endet meist innerhalb von drei Monaten wieder“, so Michael Hermund vom DGB. Hinzu kommt, dass jetzt bereits 47% aller Neueinstellungen befristet und mit hoher Unsicherheit behaftet sind.

Die Folge dieser Entwicklung ist wachsende Armut. So ist die Schuldenquote schon auf 11,23% angestiegen wie die Gewerkschaft ver.di bekannt gibt. 6.000 Menschen über 65 Jahre leben heute schon in Armut und müssen Leistungen des Sozialamtes beziehen.

Deutscher Städtetag:**Das Jahr 2010 – Schuldenrekord**

Während die Unternehmen und Konzerne wieder enorme Gewinne machen, bluten die Kommunen finanziell aus.

„2010 war finanziell ein schwarzes Jahr für die Kommunen. Sie sind so tief in die roten Zahlen gerutscht wie noch nie“, teilt der Deutsche Städtetag mit. Ein Beispiel sei die Höhe der kurzfristigen Kassenkredite, die mit 40,5 Milliarden doppelt so hoch sind wie im Jahr 2004. Gleichzeitig stiegen auch Sozialausgaben der Kommunen um über 2 Milliarden auf über 40 Mrd. Euro an. Das Defizit der Stadt Bochum beträgt derzeit 1,5 Milliarden Euro.



von Ulrich Achenbach

Remondis-Lastwagen rund um die Uhr:**Nachtruhe vorbei**

Die Firma Remondis hat für ihre Sortieranlage für Leichtverpackung eine wesentliche Änderung bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragt. Bestandteil ist u. a. die Ausdehnung der LKW-Bewegungen auf dem Betriebsgelände in den Nachtzeitraum von 22:00 bis 6:00 Uhr (bisher: 6 bis 22 Uhr). Darüber hinaus sollen Nachtfahrten (Wochentags) von 6 LKW pro Stunde erlaubt werden.



von Helgard Althoff

Das heißt, dass Nacht für Nacht 48 LKW das Firmengelände im Gewerbegebiet Gerthe Nord verlassen bzw. anfahren können. Damit ist die Nachtruhe endgültig vorbei für die ca. 2000 Anwohner in den Wohngebieten entlang der Müllroute – in Bochum die Josef-Baumann-Straße, Hölderlinstr. und Kirchartener Straße. In Castrop Rauxel die Gerther Straße – und in den Wohnhäusern im Umfeld der Firma Remondis.

Die Bürgerinitiative gegen Mülltourismus in den Bochumer Norden ist sich sicher, dass die Genehmigung für 48 LKW Fahrten im Nachtzeitraum der Auftakt zu Nachtverkehr ist und befürchtet, dass hier ein Präzedenzfall für weitere Begehrlichkeiten geschaffen wird.



Die Stellungnahme der Stadt Bochum, die im Rahmen der Behördenbeteiligung von der Bezirksregierung Arnsberg angefordert worden ist, fiel zu Gunsten der Firma Remondis aus. Das widerspricht dem, was seit Jahren mehrheitlich von den Bezirksvertretern Bochum Nord versprochen wird: nämlich Rückbau des Gewerbegebietes Nord, Verzicht auf Ansiedlung von verkehrsintensiven Betrieben.

Doch das Gegenteil passiert, sagt Helgard Althoff, Vertreterin der Soziale Liste für den Bochumer Norden. Der Firma Remondis wurde im Jahr 2008 fast eine Verdreifachung der Müllumschlagmenge genehmigt, von unter 100 Tonnen pro Tag auf 260 Tonnen, 2010 Erweiterung der Fa. BWR mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von 80 LKW/Tag. Ein Hersteller für Dämmstoffe möchte expandieren und benötigt Erweiterungsflächen, die teilweise im Grüngürtel E liegen, und kündigt ein erhöhtes LKW-Aufkommen von 36% an.

Angesichts dieser Entwicklung befürchtet Helgard Althoff eine weitere Verschärfung der verkehrlichen Situation im Bochumer Norden, die im Besonderen die Anwohner der Kirchartener Straße und Josef-Baumann-Straße betreffen. Diese Fehlentwicklung muss ein Ende haben. Die Soziale Liste Bochum wird am 30. April 2011 in der Zeit von 10:00 bis 12:00 am Marktplatz Gerthe Unterschriften gegen die Aufhebung des Nachtfahrverbotes der Fa. Remondis sammeln und beantwortet gerne weitere Fragen zur Kommunalpolitik.

Harpener Hellweg:**30 km/h für LKW**

Zur Entlastung der Ortsdurchfahrt in Harpen soll der LKW-Verkehr auf dem Harpener Hellweg auf 30 km/h begrenzt werden. „Dreck, Lärm und Fußgängergefährdung haben hier zu bestimmten Zeiten ein unerträgliches Ausmaß angenommen“, monieren zahlreiche AnwohnerInnen.

NPD und pro NRW:

Rechte Hetze ächten!

Faschistische und rassistische Hetze gegen den geplanten Minarett-Bau der Merkez-Moschee in der Schmidtstraße in der Bochumer Innenstadt gibt es dieser Tage sogar von zwei Seiten: So fordert die militante und gewaltbereite NPD auf ihrem aktuellen Flugblatt „Danke Schweiz! Minarettverbot auch hier!“ Die sich zwar bürgerlicher und seriöser gebende „Bürgerbewegung pro NRW“, an deren Spitze jedoch fast durchweg Neonazi-Altakader wie Markus Beisicht stehen, geht sogar noch einen Schritt weiter, sie wollen Unterschriften für eine Petition gegen den Bau sammeln.

Die Soziale Liste sieht in diesen Aktionen von NPD und pro NRW eine ungeheure Provokation, die darauf gerichtet ist, das friedliche Miteinander der Kulturen nachhaltig zu beschädigen. „Es handelt sich bei diesen Angriffen nicht um vom Grundgesetz geschützte Religionskritik, sondern lediglich um die Verächtlichmachung von Menschen nichtdeutscher Herkunft!“ so Christoph Nitsch, der Vorsitzende der Sozialen Liste. „Faschistische Elemente und selbst ernannte 'Neokonservative', wie die Sarrazin-Anhänger von der Partei 'Die Freiheit', schüren Islamismus-Ängste, um damit auf Stimmenfang zu gehen!“

Bochum gegen Rechts:

Initiative gegen Graue Wölfe

Gegen die verstärkten Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ in Bochum wendet sich ein Aufruf von zahlreichen Organisationen und Personen.

In dem Aufruf heißt es: „Mit großer Empörung haben wir in den letzten Monaten von der Gründung neuer Zentren der Grauen Wölfe in Bochum erfahren. Sowohl auf der Hermannshöhe als auch in Dahlhausen haben sie ihre Niederlassung und versuchen, ihr antidemokratisches, nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Weltbild zu verbreiten.“

Unter dem Namen der faschistischen Dachorganisation „Türk Federasyon“ (Frankfurt/Main) werden so jahrzehntelange gute Ansätze interkulturellen Zusammenlebens in Bochum torpediert.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Bochum-Ost:
Anfragen der Sozialen Liste
Linie 310

Im Zuge der Strecken-Neuführung der Linie 310 werden mehrere tausend Menschen (Sonnenleite, Westerbergsiedlung, Urbanusstraße, Birkhuhnweg, Opelsiedlung) von der Anbindung an den ÖPNV abgekoppelt.

Bezirksvertreter Michael Eichelberger fragte deshalb jetzt an: Wie wird die Mobilität dieser Menschen mit durchschnittlichem bis eher niedrigem Einkommen in Zukunft gewährleistet. Besonders die Anbindung an die Bochumer und Wittener Innenstadt sowie die Knotenpunkte von Bundes- und S-Bahn?

Stadt Bochum:

733 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden

Die Verwaltung will bis 2015 über 700 Stellen abbauen. Als Gründe werden Maßnahmen im Haushaltssanierungs-Konzept angegeben:

Optimierung der Arbeitsprozesse und Personalkostenbudgetierung. Die Pläne sind bei den Ratsparteien umstritten. Der Personalrat hat bereits heftigen Widerstand angekündigt.

Broschüre 'Streiflichter':

100 Jahre Internationaler Frauentag

Die Soziale Liste Bochum hat den 100sten Jahrestag des Internationalen Frauentages zum Anlass genommen, um in einer Broschüre Streiflichter des Kampfes der Frauen für gleiche politische, soziale und gesellschaftliche Rechte von der internationalen bis hin zur kommunalen Ebene darzustellen.

Wir beginnen mit dem Marsch der Frauen auf Versailles von 1789 während der Französischen Revolution, es folgt der Aufstand der Weberinnen und Weber 1844, die durch den Einsatz neuer Maschinen brotlos gemacht wurden. 1848 brach in Bochum ein Sturm der Entrüstung los, weil Frauen und Männer gegen den Verkauf der kommunalen Weideflächen protestierten, auf der sie, mit Ziegen oder einer Kuh, ein bisschen Eigenständigkeit in einer von kapitalistischer Ausbeutung geprägten Welt erhalten wollten.

Schon bald kamen zu den existenziellen Fragen des Überlebenskampfes, auch die Ideen, für eine soziale Gesellschaft einzutreten, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Louise Michel, gab auf den Barrikaden der Pariser Kommune ein Beispiel für diesen Kampf. Für sie und Frauen wie Eleanor Marx-Aveling, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Emma Ihrer, Otilie Baader, und viele andere verband sich der Kampf für die Rechte der Frauen mit dem Kampf für den Sozialismus.

Der Kampf dieser Frauen wurde zur Massenbewegung. Pazifistinnen, Feministinnen und bürgerliche Frauen brachten neue Ideen ein. Die Schaffung des Internationalen Frauentages trug dazu bei, dass Frauen in allen Ländern gegen Unterdrückung aufbegehren und für ihre Rechte kämpften.

Vieles von dem in dieser Broschüre Geschriebenen, erinnert uns auch an unsere heutige Situation. Manches ist bis heute nicht erreicht. Gerade bei der Bildung, der Berufsausübung, der Kindererziehung, dem Zusammenleben der Geschlechter, der Sexualität u.v.m., erleben wir oftmals einen Rückschritt. Hartz IV z. B. hat diese Situation dramatisch verschärft und dazu beigetragen, das z. B. ein Billiglohnssektor entstanden ist, der vor allem Frauen und Alleinerziehende trifft. Ältere Frauen sind von Niedrigrenten betroffen, obwohl sie jahrelang gearbeitet, Kinder großgezogen und nach 1945 das Land mit aufgebaut haben.



Diese Chronologie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ist als Angebot angedacht sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Einige Ereignisse können aus heutiger Sicht als „skurril“ oder „grotesk“ bezeichnet werden, wie etwa der Versprecher „Schalke 05“ oder die Pyjama-party der Fernsehansagerin. In ihrem jeweiligen Zusammenhang trugen sie aber sehr zur Diskriminierung der Frauen bei.

Es bleibt noch viel zu tun, bei uns und in allen Ländern der Welt. Diese Gewissheit auszusprechen ist gerade am 08. März 2011 wichtig, wo Frauen aus vielen Ländern, vor allem in den arabischen Ländern, aufbegehren und sich gegen Unterdrückung, die Macht von Despoten und die Ausbeutung ihrer Länder durch internationale Konzerne wehren. -ke

Noch wenige Restexemplare gegen Spende erhältlich im Büro der Sozialen Liste im Rat, Rathaus, Zimmer S 20.



von Anke Pfromm

Anfrage zu „Stadtteilmüttern“:

Kritik am konservativen Frauen- und Mutterbild

Ein neues Projekt „Stadtteilmütter NRW – Aktiv für Arbeit und Integration“ ist von der Bundesagentur für Arbeit und dem Arbeitsministerium NRW vor wenigen Tagen gestartet worden. Neben Essen und Dortmund ist auch Bochum Standort des Projektes.

55 Mütter mit „Migrationshintergrund“ aus den „Modellstädten“ sollen in innerhalb von sechs Monaten zu „Stadtteilmüttern“ qualifiziert werden und anschließend als soziale Ansprechpartnerinnen, Kummerkästen und Begleiterinnen bei Behördengängen für ihre Nachbarschaft tätig werden.

Die Soziale Liste im Rat hat zu dem Projekt zahlreiche Fragen und Kritikpunkte. Zum Beispiel, dass ein konventionelles und konservatives „Frauen- und Mutterbild“ gefördert wird. Weitere Fragen betreffen die inhaltliche, soziale und arbeitsrechtliche Ausrichtung des Projektes und die längerfristigen Perspektiven für die Teilnehmerinnen dieses Projektes.

Anzeige



8. März 2011

Internationaler Frauentag



Infostand der Sozialen Liste am 8. März auf dem Markt der Möglichkeiten des Bochumer Frauenbündnisses



Veranstaltung der Sozialen Liste am 12. März mit der Feministin und Frauenrechtlerin Ingeborg Nöding. Die angekündigte Referentin, Florence Hervé, konnte leider nicht kommen, da sie in Berlin mit dem Clara-Zetkin-Preis ausgezeichnet wurde. Dafür auch von uns: Herzlichen Glückwunsch!

Atomkraft?

Abschalten, Aussteigen!

„Die Wahrscheinlichkeit für einen weiteren Super-GAU in einem der 443 weltweit betriebenen Kernkraftwerke ist klein. Aber sie ist nicht null. Und das Risiko ist nicht hypothetisch sondern real. Dies gilt auch für deutsche Kernkraftwerke“. (Bundesamt für Strahlenschutz)



Die internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse hat von Stufe 1 bis 7 eingestuft: Dezember 1952 Chalk River, Kanada Stufe 5 / September 1957 Kyschym, Sowjetunion Stufe 6 / Oktober 1957 Windscale, Großbritannien Stufe 5 / Januar 1969 Lucens, Schweiz Stufe 4 und 5 / Dezember 1978 Belojarsk, Sowjetunion Stufe 3 und 4 / März 1979 Three Mile Island, USA Stufe 5 / April 1986 Tschernobyl, Ukraine Stufe 7 / September 1999 Tokai Mura, Japan Stufe 4 / Juli 2006 Forsmark, Schweden Stufe 2 / März 2011 Fukushima, Japan mindestens Stufe 6. Von den Opfern noch Jahre und Jahrzehnte nach den Ereignissen ist keine Rede! Ursache müssen keine Erdbeben sein. Atomkraft ist keine fehlertolerante Technik. Schlampeereien, Missverständnisse, Bedienungsfehler, technische Störungen, unbemerkte Korrosionen, extreme Witterungsverhältnisse, dazu Flugzeugabstürze oder terroristische Angriffe können zu schwersten Pannen und Unglücken führen. Und die Öffentlichkeit wird darüber nicht informiert. Und die schwarzgelbe Regierung hat vor kurzem die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke verlängert! Nur unter dem Druck der japanischen Katastrophe und mit Rücksicht auf die Wahlen hat sie vorerst eingelenkt und fordert stärkere Sicherheitsprüfungen. Waren die Kernkraftwerke doch nicht sicher genug, wie die Regierung immer behauptet hat?

Hinzu kommt das völlig ungelöste Problem der Endlagerung des für Jahrtausende stark radioaktiv belasteten und strahlenden Mülls, für den das willkürlich ausgewählte Gorleben (damals an der „Zonengrenze“) völlig unzureichend ist. ARe

Deshalb: Abschalten! Aussteigen! Alternative, regenerative Energien fördern!

Die Zahl des Tages: 80.000.000.000

Euro Fördergeld sind in Deutschland in die Atomenergie geflossen. Allein die Forschung habe 40 Milliarden Euro gekostet, meldet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. WAZ, 17.03.2011

Statt Golfplatz:**Erholungsgebiet im Bochumer Osten erhalten**

Die Soziale Liste Bochum im Rat kritisiert die neuerlichen Planungen für einen Golfplatz auf dem früheren Amalia-Gelände und dem Berghofer Feld in Harpen und Werne. Die Kritik richtet sich insbesondere dagegen, dass damit ein großes Mischgelände mit landwirtschaftlicher Nutzung, renaturierter Halde und Industriebrache der öffentlichen Nutzung zur Freizeit, Erholung und Naturschutz entzogen wird. Die Stadt Bochum will auch noch 10 ha Fläche aus städtischem Besitz zu diesem fragwürdigen Projekt beisteuern.



Golfplatz Stiepel

Die Umwelt und die Lebensqualität sind in Werne in der Vergangenheit durch die Zechen „Robert Müser“, „Amalia“ und die chemischen Betriebe so stark wie in keinem anderen Bochumer Stadtteil belastet worden. Die Renaturierung und Aufforstung ehemaliger Industrie- und Landschaftsschutzgebieten hat dem Stadtteil und den BürgerInnen gut getan. Sie werden vielfältig genutzt. „Wir sind empört, dass jetzt die BürgerInnen aus einem wichtigen Erholungsgebiet wieder vertrieben werden sollen“, so Helgard Althoff von der Sozialen Liste. Denn nach den Erfahrungen mit dem bestehenden Golfplatz in Stiepel ist eine weitgehende Einzäunung des Geländes und Kennzeichnung mit Schildern „Betreten verboten“ zu befürchten. Auf den Golfflächen droht hochgradige Monokultur, im Gelände werden natürliche Lebensräume gestört und zerstört, künstliche Beleuchtung sowie hohes Verkehrsaufkommen schaffen weitere zusätzliche Belästigungen.

Baumaßnahmen „Große Voede“:**Viele offene Fragen**

Unruhe und viele offene Fragen kennzeichnen die Diskussionen entlang der Castroper Straße. Es geht um die Planungen im Umfeld des Ruhr-Stadions und vor allem um die Baumaßnahmen für das Einkaufszentrum „Große Voede“. Hier will die Schoofs GmbH ein Einkaufszentrum mit 4.000 qm Verkaufsfläche bauen. Gleichzeitig sucht die Firma Investoren zum „Erwerb solcher Einzelhandelsimmobilien“. Die Kritik der BürgerInnen richtet sich dagegen, dass mit dem neuen Center die kleinräumige Struktur des Stadtteils und die Geschäfte, die schon lange das Einkaufsbild der Voede bilden verdrängt werden. Durch die Anziehung von weiterem PKW-Verkehr wird der Stadtteil außerdem zusätzlich belastet.

300 Erhebungsbeauftragte befragen 10.000 BürgerInnen:**Volkszählung 2011 in Bochum**

Rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum werden in einer Stichprobenerhebung (Haushaltbefragung) im Rahmen der sog. Volkszählung 2011 befragt. Die Durchführung dieser Erhebung (Zensus 2011) erfolgt ab dem 09. Mai 2011 durch „rund 300 Erhebungsbeauftragte“ und wird etwa 12 Wochen dauern. Dies teilt die Stadtverwaltung auf Anfrage der Sozialen Liste mit.

Die Soziale Liste unterstützt die Kritik an dieser Volksbefragung. Diese Kritik wird bei der Durchsicht des Fragebogens zur Volkszählung noch gesteigert. Besonders problematisch sind aus unserer Sicht z. B. Fragen nach dem außerehelichen und -lebenspartnerschaftlichen Zusammenleben in einer Wohnung (Frage 10), der „Zuwanderung nach 1955“ (Frage 14-22), Fragen nach geringen Nebentätigkeiten, wie Zeitungen austragen (Frage 31-35). Auch die Frage 40, „Haben Sie etwas in den letzten vier Wochen unternommen, um Arbeit zu finden?“, die ständig vom Job-Center gestellt wird, hat nichts mit der einer Volksbefragung zu tun.

Entgegen der verbreiteten Meinung, dass die Frage der Religionszugehörigkeit freiwillig ist, wird in Frage 7 abgefragt, welcher Religionsgemeinschaft der Befragte angehört. Lediglich die weitergehende Frage 8 zur „Religionen, Glaubensrichtungen oder Weltanschauungen“ soll freiwillig sein.

Besonders kritisch sehen wir auch die besondere Erhebung für sog. Sonderbereiche der Stadt, wie z.B. Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte, die auch durch Befragung „der/die Leiter/in der Einrichtung“ erfolgen kann. Auch die bei „den statistischen Ämtern“ vorgesehene „Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit“ ist aus Sicht der Sozialen Liste mehr als problematisch. Der Eindruck der vielfach nach Veröffentlichung des Fragebogens entstanden ist, dass es hier nicht nur um eine Statistik geht, sondern auch um eine repräsentative Durchleuchtung der BürgerInnen, ist vor diesem Hintergrund mehr als verständlich.

Stadt ohne Überblick:**Videoüberwachung gerät außer Kontrolle**

Die Videoüberwachung gerät auch in Bochum außer Kontrolle. Eine Übersicht in welchen Geschäften und Gaststätten die „Beobachtung mittels ‘optisch-elektronischer Einrichtungen’“, so die gesetzliche Beschreibung der Videoüberwachung, liegt bei der Stadt nicht vor, da diese „nicht genehmigungspflichtig“ sind. Dies teilt die Stadtverwaltung jetzt der Sozialen Liste mit, die eine entsprechende Anfrage gestellt hatte.

Nach eigenen Feststellungen der Sozialen Liste vergrößert sich auch in unserer Stadt die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte, Kaufhäuser, Gaststätten etc., die Videokameras installieren und betreiben. Oftmals wird noch nicht einmal die gesetzliche Auflage erfüllt, die Kameraüberwachung auch mit Hinweisschildern anzuzeigen.

Die Halbkugeln, meist unter der Decke, befinden sich u. a. in bekannten Bochumer Kaufhäusern, Geschäften der Einkaufszentren und Lebensmittelmärkten. Beispiele Bochumer Kaufhäuser betreiben ganz offensichtlich eine Vielzahl von Videokameras, weisen aber nicht auf die Überwachung hin. Ein Bochumer Einkaufszentrum gibt öffentlich bekannt, das sich dort keine Videokameras befinden, aber: im Center befindliche Geschäfte betreiben sehr wohl entsprechende Kameras.

Neuerdings gehen auch Gaststätten dazu über, ihre Räume und Einrichtungen auszuspannen. Ein Beispiel im Bahnhofsbereich (mit Hinweis am Eingang) zeigt, wie von der Theke bis zum Toilettenvorraum Kameras installiert sind.

Die Soziale Liste, die sich weiterhin mit der Problematik beschäftigen will, sieht einen erheblichen Handlungsbedarf von Verwaltungen, Datenschutz und Gesetzgeber. Der fortschreitenden Videoüberwachung muss begegnet werden.

Verfügung gegen Modekette H&M

Das Hamburger Arbeitsgericht hat nach Informationen der Gewerkschaft ver.di eine einstweilige Verfügung gegen die Modekette H&M erlassen.

Die Geschäftsführung von Hennes&Mauritz Deutschland habe es entgegen einer Gesamtbetriebsvereinbarung bundesweit möglich gemacht, dass Betriebsratsbüros per Telefon abgehört werden können, teilte ver.di am Dienstag in Berlin mit. Nach der jetzt erlassenen Verfügung müsse das Unternehmen nun die Funktionstasten an der Telefonanlage deaktivieren, die eine Raumüberwachung ermöglichen. (dapd/jw) (Jw, 30.03.2011)

Bochum-Werne und Haltern:**Ehrung der Märzgefallenen**

Am Sonntagmorgen dem 27. März fand die Kranzniederlegung zu Ehren der Widerstandskämpfer gegen den Kapp-Putsch von 1920 und den Hitler-Faschismus in Bochum-Werne statt. Diese traditionelle Veranstaltung wird alljährlich von der VVN-Bund der Antifaschisten durchgeführt. In diesem Jahr sprach Christoph Schweitzer (Bochumer Montagsdemo) und forderte eindringlich zum Kampf gegen Rechts auf.



Das Massengrab von 34 gefallenen und ermordeten Kämpfern gegen den Kapp-Putsch, die Mehrzahl aus Bochum und Wattenscheid, in Hamm-Bossendorf wurde am ersten Aprilwochenende von Bochumer Mitgliedern der VVN - Bund der AntifaschistInnen und Vertretern des RuhrEcho-Verlages von Dreck und Wildwuchs befreit, gesäubert und mit Blumen bepflanzt. Auch das Grab von 6 Märzkämpfern und einer Krankenschwester der Roten Armee von 1920 in Haltern wurde mit Blumen geschmückt.

Trotz Spardebatte:**Millionen für den Profisport**

Die Soziale Liste im Rat kritisiert die Pläne der Stadtwerke Bochum, einer 100% Tochterfirma der Stadt, den Profifußball des VfL Bochum erneut mit jährlich 1,5 Mio. Euro zu unterstützen. Mit einem Fünfjahres-Vertrag sollen 7,5 Mio. Euro für hohe Spielergehälter, Ablösesummen, Abfindungen etc gezahlt werden.

Ebenso kritisiert die Soziale Liste die Unterhaltung eines Profi-Rad-Rennstalls (Team Sparkasse) mit mehreren Millionen Euro durch die Sparkasse Bochum. Mehr als fragwürdig ist auch die Rolle der Sparkasse und der Stadtwerke als „Premiumsponsor“ für den Steiger Award, der in diesem Jahr am 12. März wieder in der Jahrhunderthalle stattfand (Eintritt 175 Euro).

Insgesamt summieren sich diese und weitere Maßnahmen auf einen größeren Millionenbetrag, der von den städtischen Töchtern für das Sponsoring jährlich aufgebracht und zweckentfremdet wird.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaut öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen. Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenz und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Mitglied werden.

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe
V.i.S.d.P.: **Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-8, 44777 Bochum.**
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel
E-Mail:
SozialeListeImRat@bochum.de
oder
info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48